

## Menschenrechte und Industriegefahren

Anlässlich des zehnten Jahrestages der Chemiekatastrophe in Bhopal/Indien wurde vom Permanent Peoples' Tribunal zusammen mit über 100 Nichtregierungsorganisationen ein Entwurf für eine Menschenrechtscharta erarbeitet, die insbesondere die Rechte von ArbeiterInnen und AnwohnerInnen im Hinblick auf die Gefahren industrieller Produktion betrifft. Nun soll die Verabschiedung dieser Charta durch die UN sowie die International Labour Organisation erreicht werden. Ein Internationaler Aufruf gegen die Gefahren chemischer Großproduktion, Unterschriftenlisten sowie die deutsch-englische Version der Charta sind zu beziehen über: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., Pf. 150418, 40081 Düsseldorf, Fax: 0211/33 39 40.

## Sammel- surium

Die Ausstellung „...ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland“ und der dazugehörige Reader stellen eindrücklich die Hintergründe, Bedingungen und Folgen von Abschiebehaft dar. Dabei wird auch die rechtliche Situation beleuchtet. Am Beispiel des größten deutschen Abschiebegefängnisses im westfälischen Büren werden die Haftbedingungen und die Geschichte des Knastes dokumentiert, ebenso wie der Widerstand der Inhaftierten. Reader 52 S., 6 DM. Kontakt: Jugendclub Courage, Bismarckstr. 40, 50672 Köln.

## Abschiebehaft

Die Initiative unter der Überschrift „Kein Mensch ist illegal“ dazu auf, illegalisierte MigrantInnen konkret zu unterstützen. Das heißt, ihnen bei der Ein- und Weiterreise zu helfen, ihnen Papiere, medizinische Versorgung, Unterkunft zu geben und ihr materielles Überleben zu sichern.

## Kalter Krieg

Die Initiativegruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges hat eine kleine Broschüre mit dem



Titel „Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik“ vorgelegt. Sie stellt vor allem den seit Jahren geführten Kampf für die politische und materielle Rehabilitierung der unter der Adenauer-Justiz verfolgten KommunistInnen und AntifaschistInnen dar. 3 DM plus Porto. AStA FU Berlin, Kiebitzweg 23, 14195 Berlin.

## Innenstadt

Der AStA FU Berlin und die JungdemokratInnen / Junge Linke haben einen Reader zu den Innenstadtaktionstagen im Sommer 1997 veröffentlicht. Er enthält Beiträge zu den Themen der Aktionswoche – Umstrukturierung der Innenstädte und Privatisierung des öffentlichen Raumes, Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung von „unpassenden“ Menschen, sowie Berichte zu im Rahmen der Kampagne stattgefundenen Aktionen aus verschiedenen Städten. 48 S., 4 DM plus Porto. Bezug: AStA FU Berlin, Kiebitzweg 23, 14195 Berlin.

## Angehörigen-Info

Das Angehörigen-Info erscheint seit dem Hungerstreik der politischen und kämpfenden Gefangenen 1989. Diese forderten die Zusammenlegung in große Gruppen, freie Kommunikation und die Freilassung aller wegen Krankheit Haftunfähigen. Das Info informiert monatlich aktuell und authentisch über die Situation linker politischer Gefangener in der BRD und weltweit, ebenso veröffentlicht es politische Diskussionsbeiträge. 3 DM, Bestellungen über GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg.

## Kein Mensch ist illegal

Nachdem es für Flüchtlinge nahezu unmöglich ist, auf legalem Weg nach Europa zu fliehen und systematisch auch die verbliebenen Aufenthaltsmöglichkeiten reduziert werden, ruft die Initiative unter der Überschrift „Kein Mensch ist illegal“ dazu auf, illegalisierte MigrantInnen konkret zu unterstützen. Das heißt, ihnen bei der Ein- und Weiterreise zu helfen, ihnen Papiere, medizinische Versorgung, Unterkunft zu geben und ihr materielles Überleben zu sichern.

Das heißt, ihnen bei der Ein- und Weiterreise zu helfen, ihnen Papiere, medizinische Versorgung, Unterkunft zu geben und ihr materielles Überleben zu sichern.



## Die etwas anderen Weihnachtsgaben aus dem Hause **AKP**:

## POLITIK mit leeren Kassen

Grundlagen und Perspektiven kommunaler Haushaltspolitik

Dieses Buch vermittelt das notwendige Basiswissen und diskutiert die zentralen Aspekte kommunaler Haushaltspolitik.

Bielefeld 1996, 155 Seiten  
ISBN 3 - 9803641 - 1 - 9  
29,- DM plus 3 DM Versandkosten

## Handbuch für alternative Kommunalpolitik

Der AKP-Klassiker informiert über alle relevanten Themen der Kommunalpolitik, von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie Zweiter Arbeitsmarkt.

Bielefeld 1994, 416 Seiten  
ISBN 3 - 9803641 - 0 - 0  
45,- DM plus 4 DM Versandkosten

Katalog anfordern oder einfach bestellen bei:

**Alternative Kommunalpolitik**  
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld,  
☎ 0521/177517, ☐ 0521/177568

Weitere Informationen und kompletter Text bei: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Gneisenauerstr. 2a, 10961 Berlin.

## Weiter so, Polizei!

„Wer fängt die Räuber, bewacht die Straßen und regelt den Verkehr?“

Diese Frage wird in psychologischen Tests kleinen Kindern vorgelegt, um ihre Allgemeinbildung zu prüfen. In den fundamentalchristlicheren Regionen des Landes lautet die Antwort schon einmal: „Der liebe Gott“. Wir, dem Kindesalter längst entwachsen, wissen natürlich die richtige Lösung: Die Polizei.

Die Antwort der zitierten Kinder ist jedoch zeitgemäßer, als sie auf den ersten Blick erscheint: Die OrdnungshüterInnen Nordfrieslands beispielsweise wurden unlängst angewiesen, bei Verfolgungsfahrten künftig nicht mehr so schnell zu fahren wie bisher. Der Grund: Für eventuell notwendige Reparaturen fehlt das Geld. Der böse Räuber saust also mit seinem frisierten Ferrari dem Auge des Gesetzes davon, und die diensthabende Streife zückt bei Ortsgeschwindigkeit den Dienstbleistift, um wenigstens die Nummer zu notieren – falls der Dienstbleistift nicht auch den Einsparungen zum Opfer gefallen ist. Dann kann in der Tat nur noch der liebe Gott helfen.

Eine Zeitungsentee? Ein launiges Szenario der leicht angetrunkenen Kolumnistin? Keineswegs. Die Geschichte geht zurück auf eine Dienstweisung des Kieler Innenministeriums vom September 1997: Danach sollte die Polizei Schleswig-Holsteins bis zum Ende des Jahres eine satte Million DM einsparen, was die Kreativität der Dienststellen-

leiterInnen enorm beflügelte. Folgende Beispiele sind ebenfalls *nicht* erfunden: Das Einparken der kostbaren Streifenwagen dürfe nur noch mit Hilfe eines Einwinkers oder einer Einwinkerin geschehen, um Blechschäden zu vermeiden. Interne Dienstpost möge in gebrauchten Umschlägen verschickt werden. Die Gardinen der Wache sollten die Bediensteten doch bitte in ihre eigenen Waschmaschinen stecken, statt teure Reinigungen zu beauftragen. Buntstifte statt Textmarker, Arbeitsalltag statt Fortbildung. Es wird eben gespart, wie überall im Lande.

Ob diese Sparziele auch im neuen Jahr aufrechterhalten werden, ist nicht bekannt. Wir könnten dies nur begrüßen und sind bereit, die Kreativität der ausführenden Organe um einige innovative Vorschläge zu bereichern: Auf Demonstrationen möge zu den Demonstrierenden künftig ein gebührender Sicherheitsabstand eingehalten werden, um Beulen an den teuren Schilden, Helmen und Schlagstöcken zu vermeiden. Das Einkesseln ist im Dienste des Überstundenabbaus zu unterlassen; ZivilbeamtenInnen werden zum Uniformflicken abgeordnet.

Ein beträchtliches Einsparpotential birgt auch das Gebiet der sogenannten politischen Strafverfolgung: Pro Dienststelle genügt in Zukunft eine Leerkassette, um die Telefone linker ProtestlerInnen abzuhören – die Dinger lassen sich schließlich beliebig oft überspielen. Und die BeamtenInnen, die

ihre Dienstzeit bislang damit verbrachten, in der *radikal*, der *interim* oder der *Graswurzelrevolution* zu schmökern, sind effizienter eingesetzt, wenn sie statt teurer Schreibkräfte die Dienstpost erledigen.

Ein letzter Tip: Auch Abschiebungen sind teuer und gefährden den Standort Deutschland. Erwähnt sei nur der Nachzuschlag für die FreundInnen und HelferInnen, deren Aufgabe es bislang war, verzweifelte Asylbewerberfamilien bei Nacht und Nebel aus ihren Betten zu zerren. Sie könnten allesamt zu Kfz-MechanikerInnen umgeschult werden, in Zukunft ganz menschenfreundlich die Blechschäden eigenmächtig eingeparkter Streifenwagen beseitigen und nachts endlich wieder durchschlafen. Die Polizei als sich selbst erhaltender und sich selbst genügender Verwaltungskörper – eine schöne Utopie.

Was jahrelanger Protest nicht bewirken konnte, das bringt so der schlanke Staat: Die Polizei schafft sich selbst ab. Und während Kanther, Schröder & Co. noch von den schnellen Eingreiftruppen im Innern schwadronieren, haben wir den Ladendiebstahl längst entkriminalisiert, rauchen gemütlich unser Wasserpfeifchen und vermunnen uns nur noch, wenn es wirklich nötig ist: im Winter.

**Friederike Wapler, Göttingen.**

**Sammel-  
surium**

